

Land im Visier

Bodenspekulation in Ländern des Südens

Investoren und grosse Firmen stürzen sich auf Bauernland im Süden. Tausende von Kleinbauernfamilien werden von ihrem Ackerland verdrängt und in den Hunger getrieben. Von Ester Wolf

Unter senegalesischen Kleinbauern wächst die Wut. „Seit einigen Monaten ist das Interesse an unseren Ländereien wieder aufgeflammt. Käufer reissen sich riesige Landflächen unter den Nagel“, empört sich der Senegalese Ndiogou Fall. „Es ist erschreckend, wie leicht sie das Land erwerben können.“ Ndiogou Fall ist Vorstand der westafrikanischen Bauernorganisation Roppa, die sich für die Belange der Kleinbauernfamilien einsetzt.

Vertriebene Kleinbauern

Fast täglich sieht er die Folgen des Beutezugs der grossen Unternehmen und Finanzinstitute. Er sieht auch die Folgen: Die Lebensgrundlage tausender Familien wird zerstört. Kleinbauernfamilien werden oft gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Aufgrund der Krise im internationalen Finanzsystem suchen die Financiers nach neuen profitablen Einnahmequellen. Die spekulative Preishausse letzten Jahres hat gezeigt, dass sich nicht nur mit Informatik oder mit Derivaten, sondern auch mit Lebensmitteln viel Geld verdienen lässt. Und die Investoren greifen zu. Nahrungsmittelkonzerne, Investment Banken, Hedgefonds und ähnliche Einrichtungen setzen vermehrt auf Eigentumstitel für Land. Eine Studie der internationalen Organisation GRAIN wartet mit beunruhigenden Zahlen auf:

- Die jüngsten Unruhen in Madagaskar entzündeten sich unter anderem an der Tatsache, dass sich der koreanische Daewoo-Konzern 1 Million Hektar Land gesichert hat – um Tierfutter anzupflanzen.
- Japanische Firmen besitzen schon jetzt 12 Millionen Hektar Agrarland im Ausland.
- BlackRock, der weltweit grösste Anbieter für Investment Management, der mit Summen im Milliardenbereich jongliert, richtete jüngst einen Landwirtschafts-Hedge-Fonds ein, um Agrarland auf der ganzen Welt zu erwerben.
- Morgan Stanley kaufte vor Kurzem 40 000 Hektar Agrarland in der von politischen Krisen gebeutelten Ukraine.

Willfährige Helfer

Organisationen wie die Weltbank oder die Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ebnen den Weg für die Investments und ‚überzeugen‘ Regierungen davon, die Besitzrechte für Land zu ändern.

Neben privaten Unternehmen machen sich auch die Regierungen selbst auf die Suche nach Agrarflächen im Ausland. Zu den Ländern, die Teile ihrer eigenen Nahrungsmittelproduktion ins Ausland verlegen, gehören Saudi-Arabien, Libyen, Ägypten, Japan, China und Indien. Die reichen Golfstaaten verfügen nicht über genügend fruchtbares Ackerland und müssen hohe Kosten für Bewässerung aufbringen, um im eigenen Land zu produzieren. Aufgrund ihres Ölreichtums können sie es sich jedoch leisten, Ackerland in anderen Ländern zu erwerben oder zu pachten. Auch für China und Indien lohnt es sich, nach günstigen Anbauflächen im Ausland zu suchen.

Wo bleibt das Recht auf Nahrung?

„Für die armen Kleinbauernfamilien im Süden hat dieser neue Trend oft fatale Folgen“, warnt Miges Baumann, entwicklungspolitischer Leiter bei Brot für alle. Aufgrund der steigenden Nachfrage, wächst der Druck für die Kleinbauernfamilien, ihr Land zu verkaufen. Die dringend notwendige Durchführung von Landreformen wird erschwert, und die Zahl der Vertreibungen steigt an.

Im Frühling 2008, als die Nahrungsmittelkrise die Wirtschaftsschlagzeilen beherrschte, waren sich die Regierungen und UN-Organisationen einig: Um den Hunger nachhaltig zu bekämpfen, muss die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die lokale Produktion weltweit gefördert werden. Im neuen Wettlauf um Land bleibt jedoch diese kleinräumige, naturnahe Landwirtschaft - und mit ihr die Hungerbekämpfung - auf der Strecke.

Im Visier der neuen Investoren sind Länder wie Senegal, Uganda, Brasilien, Sudan, Kambodscha und Pakistan. Oft sind es korrupte Regierungen, die den Raubzug auf das Agrarland ihrer Länder bewilligen, respektive selber davon profitieren, statt das Land für die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung zu nutzen. Besonders paradox ist die Situation im Sudan. Während der Staat fruchtbares Ackerland ans Ausland vergibt, versucht das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen im Umfeld der Dafur-Krise, Millionen von Flüchtlingen zu ernähren. „Keine Frage, Sudan missachtet die Menschenrechte seiner Bevölkerung“, betont Baumann. „Die Käufer-Länder schauen weg und missachten dadurch ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen. Sie verletzen das international anerkannte Recht auf Nahrung.“

Für Fragen und Interviews:

Ester Wolf, Spezialistin für Ernährung und Landwirtschaft bei *Brot für alle*

Lausanne 021 614 77 18 076 481 06 01 wolf@bfa-ppp.ch

Miges Baumann, Leiter Entwicklungspolitik *Brot für alle*

Bern 031 380 65 72 079 471 66 60 baumann@bfa-ppp.ch